

Vom religiösen hin zum
politischen Pluralismus

Ruf nach Reformen

Wolfgang Günter Lerch

Sind der Islam und die Demokratie miteinander vereinbar, kann der Islam demokratische Systeme entwickeln, die diesen Namen verdienen? Diese Fragen stellen sich – zumal nach den jüngsten gewalttätigen Verwerfungen seit dem 11. September 2001 – viele im Westen, vor allem in Europa und Amerika. Und in der Tat: Die Frage ist nicht unberechtigt. Ein Überblick über die islamische Welt, vor allem ihren Kernraum zwischen Nordafrika und Westasien, gibt eher zu Pessimismus und Sorge Anlass. Trotz einer umfassenden Modernisierung während des zwanzigsten Jahrhunderts auf vielen Feldern, die auch im Orient und speziell im Nahen Osten Platz gegriffen hat (gefördert auch durch die enormen Einnahmen aus dem Erdöl), scheinen die politischen Regime wie versteinert, macht die gesamte Region einen recht monolithischen Eindruck. Die traditionelle orientalische Despotie ist nirgendwo überwunden, im Gegenteil: Unter dem Einfluss islamistischer und integristischer Strömungen hat sich die orientalische Despotie in Ländern wie dem Iran oder Pakistan im vergangenen Vierteljahrhundert sogar verschärft. Und in anderen Staaten der Region ist das System davon nicht unberührt geblieben. Sogar im relativ liberalen Ägypten sind Rückschläge in diesem Kontext zu verzeichnen. Auch die Wechsel an der Staatsspitze, wie sie vor einiger Zeit stattfanden, haben die anfänglich in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. In Marokko ist der neue König Mohamed VI., der seinem Vater Hassan II. auf dem Thron folgte,

schon bald an die Grenzen der von ihm geplanten gesellschaftlichen Öffnung gestoßen, und auch in Syrien hat der Wechsel von Hafis al-Assad auf seinen Sohn Baschar al-Assad viele enttäuscht, die auf größeren Pluralismus und eine Lockerung des Regimes gehofft hatten. Es sind allenfalls Nuancen in der öffentlichen Stimmung, die sich zum Positiven verändert haben. Sie kommen etwa auch darin zum Ausdruck, dass der vom Golfemirat Katar aus sendende arabische Fernsehsender Al Dschazira heute aus den Ländern der Region nicht mehr wegzudenken ist. Er hat die Massen mit einem gewissen Pluralismus bekannt gemacht, doch die Regime sind so undurchlässig wie eh und je. Einzig die Türkei macht da eine Ausnahme. Dort hat seit den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts zunächst unter Mustafa Kemal Atatürk eine Verwestlichung, seit 1950 dann eine Demokratisierung stattgefunden, die anderswo in der Region unbekannt ist. Zwar hat auch die türkische Demokratie noch ihre Mängel, doch sind die wichtigsten Grundlagen in den vergangenen fünfzig Jahren so sehr eingewurzelt worden, dass sie als irreversibel gelten können. Sogar die türkischen Islamisten, die gegenwärtig den Ministerpräsidenten stellen, haben mit der Demokratie ihren Frieden gemacht, scheint sie ihnen in ihrer entschiedenen Ausrichtung auf die Vollmitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union doch sogar mehr religiöse Rechte einzubringen, als sie sich das bis vor kurzem noch träumen ließen.

Das Beispiel Türkei zeigt, dass es möglich ist, ein islamisches Volk in ein demokratisches System zu transformieren, mögen dies westliche Skeptiker und islamische Fundamentalisten in einer seltenen Gemeinsamkeit auch in Abrede stellen.

Einfach freilich ist diese Aufgabe nicht, und die Skepsis ist nicht ohne ernst zu nehmende Grundlage in der Wirklichkeit, denn der Islam hat, was seine wichtigste historische Ausprägung als Gesetzesreligion und religiös definierte Lebensform betrifft, keine natürliche Hineigung zur Demokratie, wie wir sie im Westen verstehen. Er muss sie sich erst schaffen. In der Türkei gelang dies unter einmaligen Umständen, die wohl nicht zu wiederholen sind. Sie hatte mit der größeren Nähe des Osmanischen Reiches zu Europa und mit der überragenden Autorität Kemal Atatürks zu tun, der kraft seiner Persönlichkeit und ihres historischen Nimbus seinem Volk Dinge zumuten konnte, die anderswo im Islam nicht möglich waren. Andere sind mit vergleichsweise vorsichtigen Formen der Verwestlichung, die sie als Vorstufe zur Demokratisierung ansahen, gescheitert, obschon sie fast unumschränkte Macht hatten.

Gegenwärtig unternimmt Amerika nach dem Sturz Saddam Husseins im Irak den Versuch, dort eine demokratische Gesellschaft und ein ebensolches politisches System zu etablieren. Unter den obwaltenden Bedingungen eines Systemwechsels von außen und einer fremden Besatzung wird dies wohl ein frommer Wunsch bleiben. Von außen kann man gewiss manches in Bewegung setzen, Bedingungen und Umstände verändern; doch demokratische Verhältnisse müssen die Iraker selbst und in eigener Regie in ihrem Land schaffen. Überhaupt hat ein Gutteil der Abwesenheit von Demokratie in jenen Ländern auch damit zu tun, dass es gerade die westlichen Demokratien gewesen sind, die – unter Berufung auf die

Förderung der Demokratie – immer wieder undemokratische Eingriffe in jene Länder vorgenommen haben; am eklatantesten zur Zeit des Kolonialismus. Nur die Schaffung und Verbreiterung pluralistischer Strukturen durch die Muslime selbst kann eines Tages zum Erfolg führen. Dazu sind Geduld und ein langer Atem notwendig.

Der Kern und eigentliche Sinngehalt des islamischen Glaubens ist in der folgenden Überlieferung zusammengefasst: „Der Islam ist auf fünf Dingen aufgebaut: dem Glaubensbekenntnis an den einen Gott (Monotheismus), dem Gemeinschaftsgebet, dem Zahlen der Almosensteuer, dem Fasten im Monat Ramadan und der Wallfahrt einmal im Leben.“ Diese Essenz des Islam nennt man seine „fünf Pfeiler“ (*arkan*). Es gibt nun kein freiheitliches politisches System der Welt und keinen liberalen Gesellschaftsentwurf, mit dem dieser innere Kern des Islam nicht vereinbar wäre. Ein demokratisches Leben behindert oder stört er in keiner Weise.

Das Problem, das der Islam mit einer selbst geschaffenen Demokratisierung hat, beruht auf seiner nach-koranischen Ausgestaltung als umfassende Gesetzesreligion. Dieser Scharia-Islam, der das Leben der Muslime in fast allen Belangen von der Wiege bis zur Bahre regelt oder doch regeln soll, lastet heute wie Blei auf den islamischen Gesellschaften. Die Scharia wurde von den Sakraljuristen (*ulema*) des Islams in den ersten beiden Jahrhunderten nach dem Tod des Propheten ausgestaltet, den damaligen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend. Ihre Quelle ist neben dem Koran vor allem das *Hadith*, das ist eine Sammlung von Sprüchen und Paradigmen, die dem Propheten Mohammed selbst über eine Kette von Überlieferern zugeschrieben werden. Da dieser *Hadith* genannte Korpus wie der Koran unmittelbare göttliche Inspiration für sich beansprucht, gilt auch die daraus entwi-

Al-Ashar-Moschee in Kairo – Blick auf den Innenhof der Moschee, in dem die Gläubigen zum Freitagsgebet eintreffen. Der Moschee angegliedert ist eine theologische Hochschule. Gegründet wurde die Universität nach der Eroberung Kairos durch die Fatimiden von dem Kalifen al Asis Billah (975–996) als Zentrum der ismaelitischen Lehre. Neugegründet 1267/1268 ist sie die bedeutendste islamische Hochschule und das geistige Zentrum des sunnitischen Islam.

© dpa – Foto: Marwan Naamani



ckelte Scharia als unantastbar. Sie kann zwar ausgelegt und angepasst werden, steht aber, da göttlich grundiert, nicht zur Disposition. In der Scharia hat Gott selbst dem Menschen vernünftige und einsichtige Gesetze und Regeln gegeben, die er zu seinem Segen beachten muss. Eine Anpassung und Interpretation ist nur nach bestimmten Methoden möglich.

Es versteht sich, dass ein solches Sakralrecht zunächst diametral der Forderung und Methode einer modernen Demokratie, dass der Mensch seine Ge-

setze durch Diskussion, Beratung und Abstimmung selbst mache, nachdrücklich widerspricht. Apologeten behaupten denn auch, der Islam sehe selbst die Beratung der Gläubigen untereinander vor, analog der berühmten Koranstelle, die tatsächlich fordert, dass sich die Muslime beraten sollen. So haben mittlerweile auch besonders konservative Staaten wie Saudi-Arabien eine *madschlis al-schura* installiert, eine beratende Versammlung, die dem Herrscher beim Regieren assistiert. Es handelt sich freilich um handver-

lesene Organe, die nichts wirklich entscheiden können und auch nicht aus Wahlen hervorgegangen sind. Und wo es Parlamente gibt, krankt das politische Leben daran, dass in ihnen kein wirklicher Pluralismus repräsentiert wird.

So nimmt es nicht Wunder, dass intellektuelle Muslime mehr und mehr eine Reform der Scharia fordern, um zunächst über einen religiösen Pluralismus zu einem politischen Pluralismus voranzuschreiten. Denker wie Abdolkarim Sorousch im Iran und andere versuchen, unter Berufung auf den *Idschtihad*, die freie Auslegung der Schriften, das Essenzielle in Koran und *Hadith* vom bloß Akzidentuellen zu scheiden. Um es konkreter auszudrücken: Wichtiges, das für den Bestand des islamischen Glaubens konstitutiv ist und bleiben wird, von bloß Zeitgebundenem, das die Verhältnisse zur Zeit der Kalifen widerspiegelt, zu trennen. Es versteht sich, dass solche Methoden der Hermeneutik auch das dogmatisierte Verständnis der koranischen Offenbarung antasten, und zwar in einer Weise, die vielen *ulema* und Mullahs nicht recht sein kann. Ziel ist nämlich eine behutsame Teilsäkularisierung des Glaubens. Ihr Dogmatismus sichert den *ulema* und Mullahs die Macht über die Massen, zumal wenn sich Dogma und politische Macht miteinander verschwistern, sei es in einem „theokratischen“ System wie im Iran oder in einer weltlichen Despotie, in der die Berufung auf unantastbar theozentrisch untermauerte Kodizes der Religion das Stillhalten der Bevölkerung auch gegenüber dem Machtapparat fördern, bisweilen erzwingen.

Die fortschrittlichen Denker wie Sorousch leben in ihren Gesellschaften momentan gefährlich. Einige wie der Ägypter Farag Foda wurden ermordet. Andere wie Nasr Hamid Abu Zaid trieb man durch perfide Nachstellungen ins Exil. Ihre hermeneutischen Bemühungen, die sich zum Teil sogar auf tausend Jahre alte

Vorbilder wie den Theologen und Philosophen al Ghazzali (gestorben 1111) stützen können oder auch das Erbe der „islamischen“ Philosophie und Mystik heranziehen, werden jedoch ihre Wirkung entfalten. Sie können sogar den Propheten selbst zur Unterstützung heranziehen. Dieser war zwar „prophet and statesman“, wie ein bekanntes Diktum betont, doch handelte er als politischer wie religiöser Kopf seiner Gemeinde in Medina, gewissermaßen der Keimzelle des islamischen Gemeinwesens, durchaus pragmatisch und flexibel. Vor allem in jenem Maß, in dem die herrschenden Regime sich ihrem politischen, geistigen und wirtschaftlichen Bankrott nähern, werden Reformen als immer dringender und drängender empfunden werden.

Dies zeichnet sich in etlichen in den vergangenen Jahren von Bürgerkrieg oder Unruhen geprägten Ländern der Region schon ab. Man denke nur an Algerien. Deren zu einem großen Teil verarmte Massen und arbeitslosen Jugendlichen, die einst auf den Islamismus und Integrismus als Allheilmittel setzten, sind durch dessen Gewaltorgien und politisches Versagen inzwischen ernüchtert. Dasselbe gilt für den Iran, wo die im Geiste der islamischen Revolution Ajatollah Khomeinis erzogene Jugend immer eindringlicher nach einem Aufbrechen des Systems ruft und ihre Unzufriedenheit bekundet.

Freilich werden die Verfechter einer dogmatischen Orthopraxie das Feld nicht kampflos räumen. Noch sind die Reformer überall im Hintertreffen, müssen teilweise ums nackte Überleben kämpfen. Der Zeithorizont für massive Veränderungen ist schwer einzuschätzen, muss jedoch mindestens nach Generationen berechnet werden.

Manches wird auch davon abhängen, wie der demokratische Westen in Zukunft den Ländern des Islam gegenübertritt, ob als Förderer oder als Vormund.